

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Dieblich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Dieblich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorjich, Dieblich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer

Nr. 108

Donnerstag, den 13. September 1923.

Deutsches Reich
Staatshaus 10114

17. Jahrgang

Bekanntmachung der Interalliierten Rheinlandkommission.

Kauf Grund der Verordnung 97 Artikel 13 geht aus folgendes zur Veröffentlichung zu:

Bekanntmachung.

Es ist dem Oberkommissar der R. A. Rheinlandkommission bekannt gegeben worden, daß alle Verkehrsverordnungen betr. den Verkehr der Rheinländer mit nachträgliche Anwendung finden — nachträglich ohne Ratifizierung, auf der linken Seite der Rheinlande, sind jetzt zwischen Bonn und Neuf über die Rheinlande und Duren geleitet, welches den Rheinländer aller Nationen erlaubt, in diesen Zügen von Ort zu Ort zu verkehren ohne jegliche Schwierigkeit und ohne Aufenthalt. Man erinnert sich, daß bis zum 20. August nur die Reisenden, welche im Dienst der Rheinlande, allein berechtigt waren, diese Züge zu benutzen. Die Rheinländer, welche im Dienst der Rheinlande, allein berechtigt waren, diese Züge zu benutzen. Die Rheinländer, welche im Dienst der Rheinlande, allein berechtigt waren, diese Züge zu benutzen.

Bekanntmachung.

Die Rheinlande der Eisenbahnen in den besetzten Gebieten hat ab 20. August erneut die Verbindungen zwischen Wiesbaden—Mainz einerseits und Düsseldorf—Duisburg—Essen—Dortmund andererseits wiederhergestellt. Erstens, die zwei Schnellzüge, welche Mainz und Düsseldorf nach beiden Richtungen verkehren, sind jetzt zwischen Bonn und Neuf über die Rheinlande und Duren geleitet, welches den Rheinländer aller Nationen erlaubt, in diesen Zügen von Ort zu Ort zu verkehren ohne jegliche Schwierigkeit und ohne Aufenthalt. Man erinnert sich, daß bis zum 20. August nur die Reisenden, welche im Dienst der Rheinlande, allein berechtigt waren, diese Züge zu benutzen. Die Rheinländer, welche im Dienst der Rheinlande, allein berechtigt waren, diese Züge zu benutzen. Die Rheinländer, welche im Dienst der Rheinlande, allein berechtigt waren, diese Züge zu benutzen.

Reisenden ermöglicht, die Reise hin und zurück in einem Tage zurückzulegen. Die Fahrzeiten dieser Züge sind die nachstehenden:

	443	443
	5.3	5.3
Saarbrücken	6.02	10.09
Trier	7.15	11.22
Wien	8.28	12.35
Wien	8.42	12.49
Wien	9.07	13.14
Wien	9.21	13.28
Wien	9.35	13.42
Wien	9.49	13.56
Wien	10.03	14.10
Wien	10.17	14.24
Wien	10.31	14.38
Wien	10.45	14.52

Ämtlicher Teil.

Nr. 392.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung des Herrn Präsidenten des Landespolizeiamtes beim Ministerium des Innern vom 25. 1. 1923 — I. P. 91. 1. 23 — Min. M. I. V. Nr. 6, Sp. 991 wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß im Monat August d. J. 6 polizeiliche Anzeigen wegen Wuchers und Preisverhörs bei den zuständigen Stellen zur Strafverfolgung eingegangen sind.

Wiesbaden, 8. September 1923.

Der Landrat.

S. R. Higel.

Nr. 393.

Die Polizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden des Kreises werden hiermit auf den im Ministerialblatt I. d. J. V. Nr. 36, Spalte 883, abgedruckten Erlaß vom 25. 8. 1923, St. 898, bezw. 11. c. 3040, betr. die Erhöhung der Ausfertigungsgebühren in Staatsangehörigkeitsachen zur Beachtung hingewiesen.

Darüber sind für Heimatbücherei 120 000 M. für Staatsangehörigkeitsausweise 60 000 M. und für Einbürgerungsakten 10 000 000 M. zu entrichten.

Die Stempelgebühren von je 15 000 M. bleiben unverändert.

Wiesbaden, 8. September 1923.

Der Landrat.

S. R. Higel.

Nichtamtlicher Teil.

Ein Interview mit dem Reichsminister Solmann.

Berlin. Reichsminister Solmann empfing am Samstag eine Deputation des Vorstandes der internationalen Frauenliga für Freiheit und Frieden (Sitz Genf) und machte dabei im Laufe des Interviews Ausführungen, die, wie er sagte, auch die Ansicht des Reichstanzers wiedergeben. Der Kernpunkt der gegenwärtigen Lage, so führte der Minister aus, ist eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, selbstverständlich unter Mitwirkung der übrigen Entente-Mächte. Die französische Politik hat besonders seit der Ruhrinvasion nicht Sozialisten und Sozialisten, sondern die Nationalisten gefördert. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland muß gefunden werden, sonst wird ganz Mitteleuropa gefährdet sein. Die Verhandlungen der Reichsregierung, besonders des Reichstanzers Dr. Stresemann haben der Welt gezeigt, daß in der Außenpolitik Deutschlands eine entscheidende Wendung eingetreten ist. Wir sind bereit und gewillt, jede Vereinbarung mit der Entente und besonders mit Frankreich einzugehen, die uns die Sicherheit gibt, daß das Ruhrgebiet und die Rheinlande nicht nur nicht von Deutschland losgerissen werden, sondern in absehbarer Zeit wieder vollkommen der deutschen Verwaltungsgewalt zu Gebote stehen. Wir sind uns bewußt, daß dies nicht durch Reden und Verträge, sondern nur durch eine große Anspannung der deutschen Wirtschaft geschehen kann. Wir sind bereit, dies zu tun, aber nicht — und keine deutsche Regierung kann das — auf irgend eine Bindung einzugehen, die eine Zerstörung des Reiches bedeutet. Wir wollen Frankreich neben Reparationen auch jede für uns erträgliche Sicherheit gegen einen neuen Krieg am Rhein gewähren, nicht aber eine Separation in irgend einer Form zulassen. Wir wollen unser deutsches Vaterland und Europa befrieden. Das ist die einseitige Bemühung der deutschen Regierung.

Die deutsche Industrie billigt Stresemanns Programm.

Paris. In den Kreisen der französischen Großindustrie wird die Unterredung eines Vertreters des „Nouveau Herald“ mit Dr. Sorge viel beachtet. Dr. Sorge erklärte, daß die deutsche Industrie die Pläne und Vorschläge, die der Reichstanzler Dr. Stresemann in Stuttgart entwickelte, ohne jeden Vorbehalt billigt. Die Tür zu Verhandlungen ist geöffnet, aber es werde noch lange dauern, bis Deutschland seine friedlichen Ziele erreichen könne. Vorbereitung für jede Distinktion ist die Rückkehr der Ausgewiesenen. In dieser Beziehung könne die Regierung nicht nachgeben, denn das Land würde Verhandlungen auf anderer Grundlage überhaupt nicht dulden. Ueber die wirtschaftliche Zusammenarbeit

der französischen und deutschen Industrie könne nur später verhandelt werden, solange die wichtigsten Männer der deutschen Industrie eingesperrt seien. Die Regierung genieße das volle Vertrauen der deutschen Industrie.

Direkte deutsch-französische Verhandlungen?

Berlin, 10. September. Ein Berliner Mittagsblatt meldet aus Paris, man sei dort der Ansicht, daß vor Ende dieser Woche entscheidende deutsche Schritte zur Herbeiführung einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen würden. Im Pariser politischen Kreise verläutelt man, zwischen der Reichsregierung und der französischen Botschaft in Berlin sei bereits eine gewisse Fühlungnahme zustande gekommen.

Das Fiasco des Völkerbundes.

London, 10. September. Garvin schreibt im „Observer“ über das Fiasco von Genf, die historische Freundschaft zwischen England und Italien habe einen solchen Schlag erhalten, daß es lange dauern werde, bis sie sich davon erholen werde. Der diplomatische Grundlag der neuen englischen Politik mit Bezug auf das Ruhrgebiet sei zerstört worden. Rom sei gezwungen, Paris mehr Unterstützung in der Ruhrfrage zu geben im Austausch gegen die Unterstützung, die Paris Rom in der italienisch-griechischen Frage gebe. Der angebliche Völkerbund sei dem Selbstmord nahe gekommen. In keiner Frage mochte der Bund, gegen Frankreich aufzutreten. Er habe beiseite, während das Ruhrgebiet sich seit acht Monaten hinziele und unheilvolle Leiden und Schäden verbreite. Wenn es keine Verhandlung gegeben hätte, hätte auch keine Besetzung Korfu stattgefunden. Die Frage von Leben oder Tod für Europa sei, ob der Völkerbund von dem, was er jetzt ist, zu dem gemacht werden soll, was er sein mußte. Der Völkerbund werde niemals seines Namen oder seines vitalen Zweckes fähig sein, bevor er nicht Deutschland und Rußland unter gleichen Bedingungen zu seinen Mitgliedern zähle.

Ein Amerikaner über den Ernst der Stunde.

Wir aus Chicago gemeldet wird, erklärte der Schatzmeister des republikanischen Nationalkomitees Dugan in einer Unterredung, die Vereinigten Staaten seien allein in der Welt in der Lage, von Europa zu verlangen, daß es sein Haus in Ordnung bringe. Obwohl jeder rechtlich denke, daß der Völkerbund sei, daß obwohl Deutschland noch den Regeln des Kriegsspiels, das es verloren habe, geeignete Reparationen leisten müsse, so sei es doch ein törichter Versuch, einem Volke Bedingungen aufzuerlegen, die zum Ruin nicht nur Deutschlands, sondern auch der Völker, die Reparationen erhalten wollten, führen würden. In keinem seien die europäischen Nationen mangellos, das Chaos zu beenden. Ohne Rücksicht auf den Völkerbund oder auf ein anderes Tribunal, das von mahnenden Amerikanern angerufen werden könnte, sei die Zeit für eine geschäftliche Regelung des ganzen Problems gekommen.

Italien und Griechenland.

Rom. Mussolini hat dem italienischen Botschafter in Paris geschrieben, er möge der Reichsregierung mitteilen, daß die italienische Regierung von der Note der Konferenz an Griechenland Kenntnis genommen hat. Sie bestätigt ihre früheren Erklärungen, d. h. Nennung der Insel Korfu und der benachbarten Inseln, jedoch Griechenland voll und ganz die geforderten Reparationen auszuföhren hat.

Rom. Die Zeitungen freuen sich über den Sieg der italienischen Auffassung in der griechisch-italienischen Streitfrage und haben die Entschlossenheit und Festigkeit Mussolinis hervor.

Der Wiederaufbau in Japan.

London, 10. September. Der japanische Botschafter in London erklärte einem Mitarbeiter der „Daily Mail“, daß die japanische Regierung annehme, der Wiederaufbau von Tokio und Yokohama werde Jahre dauern. Für die Zwecke des Wiederaufbaus hat die japanische Regierung eine Million Gold-Pfennig zur Verfügung gestellt. Die japanischen Industriegebiete und das Bergbaugelände seien nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Die Errichtung einer besonderen Goldnotenbank.

Berlin, 11. September. Das Reichskabinett beschloß sich in seiner gestrigen Nachmittags-Sitzung mit der Währungsfrage. Einstimmig wurde beschlossen, die Lösung dieser Frage auf dem Wege der Goldnotenbank zu suchen, die bei vollständiger rechtlicher Selbstständigkeit und unbedingter Unabhängigkeit von den Reichsbanknoten in organischer Verbindung mit der Reichsbank ihre Tätigkeit ausüben soll. Die Arbeiten zur Errichtung einer Goldnotenbank sollen sofort in Angriff genommen werden, damit die Bank so bald wie möglich in praktische Tätigkeit treten kann.

Berlin, 11. September. Zu den gestrigen Beschlüssen des Reichskabinetts über die Errichtung einer besonderen Goldnotenbank erklärte die „Voll. Ztg.“, daß als Grundlage der neuen Währung der Gold, Silber und Warenwechsel dienen sollen. Die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Notenausgabe aufgrund einer Erlösung der Sachwerte komme nicht in Frage. Ebenso sei der Vorschlag einer Fingerringwährung fallengelassen worden. Die neue Goldnotenbank werde in stärkerem Maße den Charakter einer Privatbank tragen, als die

Reichsbank. Die Reichsregierung glaube jedoch ausreichende Sicherheiten dafür schaffen zu können, daß die neue Notenbank nicht in Abhängigkeit von gewissen privatwirtschaftlichen Kreisen gerate. Ueber die Höhe des Kapitals sowie über die Organisation der neuen Bank seien endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt worden. Die Papiermarkführung werde vorläufig beibehalten werden, durch die Währungsreform werde also zuerst eine Parallelwährung in Geldnoten geschaffen werden. Ein allgemeiner Austausch von Papiermarken gegen die neuen Goldnoten sei vorerst nicht geplant, dagegen hoffe man möglichst bald eine Konvertierung der Papiermarken ausgeben eintreten lassen zu können.

Ein Zwischenfall.

Rom, 11. September. Stefani meldet aus Athen: Der italienische Militärattache Oberst Perrone befand sich mit dem italienischen Marineattaché Matteucci und dem Obersten Candiani in Zivil in einem Gasthause, als er hörte, wie in einer benachbarten Gesellschaft beleidigende Äußerungen über Italien fielen. Perrone stellte den Sprecher zur Rede. Dieser entgegnete, daß er keine beleidigenden Äußerungen ausgesprochen habe, worauf ihn der Oberst schimpfte. Der Beleidigte, der wieder zu schlagen verfuhrte, wurde von dem Marineattaché, der ihn mit seinem Stoch, daran gehindert. Die anderen Personen, die zu der Gesellschaft des Sprechers gehörten, verhielten sich korrekt und bedauerten sogar dessen Herausforderung. Die italienischen Offiziere verließen darauf den Gasthof.

Der italienische Gesandte beschwerte sich bei dem Außenminister wegen der herausfordernden Haltung griechischer Staatsangehöriger gegen Mitglieder einer auswärtigen Mission. Der Minister sprach sein lebhaftes Bedauern über den Zwischenfall aus.

Berlin. Mitteilung der Reichsbank. Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelskurs des Dollars ist heute, am 10. September, 1923 M. 50 700 000.

Großes Ereignis im jüdischen Kollagehaus. Wie aus Breslau gemeldet wird, ist die Kollage von einem gefundenen Knaben entbunden worden.

Adm. Die Separatisten veranfaßten am Sonntag in Bonn einen Kongress. Nach den Berichten der Zeitungen nahmen daran etwa 1500 Separatbündler aus Coblenz, Trier, Mainz, Wiesbaden usw. teil. Es wurde strenge Sanktionskontrolle geübt, um Störungen zu vermeiden. Nachmittags fand auf dem Burggarten-Wiesen eine öffentliche Kundgebung statt, bei der auch Smers sprach. Beim Abmarsch der Separatisten nach dem Bahnhof kam es zu einigen Kundgebungen gegen sie, doch ging es ohne ernste Zwischenfälle ab. — Auch in Trier hielten am Sonntag die Separatbündler Versammlungen ab.

Berlin. Der Geheimen Regierungsrat im preussischen Ministerium des Innern Arnold Kalle ist wie schon mitgeteilt wurde, zum Ministerialdirektor und Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt worden. Geheimrat Kalle ist 50 Jahre alt und in Dieblich am Rhein geboren. Nach mehreren Semestern juristischer Studien in Strassburg trat er in das Heer ein und wurde als Hauptmann in den Generalstab versetzt. 1913 wurde er als Militärattaché nach Madrid kommandiert und blieb während des Krieges dort. Anfang 1920 schied er mit dem Rang eines Oberleutnants aus dem Militärdienst aus und trat als Geheimen Regierungsrat in den preussischen Staatsdienst über. Vom preussischen Staatsministerium wurde er als Vertreter in den Reichsrat entsandt und gleichzeitig mit der hiesigen Stellvertretung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung betraut.

Paris, 10. September. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf sind am 9. September gegen 7 Uhr abends auf den Wadtposten, der an der Brücke von Bort, nördlich von Wadrop steht, von einigen Personen aus einem Gehölz, das in der Nähe der Brücke auf dem rechten Ufer steht, Handgranaten geworfen worden. Der Soldat wurde leicht verletzt. Als Reaktion wurde der gesamte Radverkehr für das ganze Gebiet nördlich Wadrop verboten. — In derselben Nacht sei ein Diebstahl der Lippe auf der Holzbrücke bei Rüben zu überschreiten versucht und auf den üblichen Karren nicht liehengeblieben sei, von der französischen Seilschneise durch einen Gewehrbeschuss getötet worden.

Der passive Widerstand

Ueber Beratungen zwischen der Regierung und den Vertretern der besetzten Gebiete liegen verschiedene Berichte vor. Ein Bericht, der den Anschein erwecken möchte, als ob die Vertreter aus dem besetzten Gebiet auf der Fortführung des passiven Widerstandes bestanden hätten, bedarf der Richtigstellung. Diese wird jetzt vorgenommen. Nach dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst, der gegen diesen Bericht scharf protestiert, weil er irreführend sei, wünscht die Bevölkerung an Rhein und Ruhr eine Entspannung. Nach der „Voll. Ztg.“ ist in den Besprechungen zum Ausdruck gekommen, daß die Frage des passiven Widerstandes das ganze Reich auf das Spiel setzt. Die Vertreter vom Rhein erklärten, daß man im Rheinlande wieder zu dem Zustand zurückkehren wolle, wie er durch das Rheinlandabkommen

Ein solomonischer
Vorster Polizeigericht
bemerkenswerthe Säu-
len fand, ein mähr-
Pulverturm, gefallenen
ganzen Fritten dazu
des Turms zu vor
trauen Freund und
der unannehme Befehl
rechtmäßig erworben
behr. So kam der
Mit den alten Solom
mühte. Das neue Be-
Seine in den Gerich
Hier von einem Be
und selbgehalten. In

graves